



Hauptausschuss

15. Sitzung (öffentlich)

27. April 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Zur Tagesordnung

1

Der Vorsitzende erläutert, weshalb er die mit Schreiben der SPD-Fraktion vom 26. April 2006 gewünschte Durchführung einer Aktuellen Viertelstunde zu dem Thema „Berichterstattung des ‚Kölner Stadt-Anzeigers‘ vom 25. April hinsichtlich der Cologne-Konferenz“ nicht zugelassen hat. Er wolle das Thema für die Sitzung des Ausschusses am 11. Mai vorsehen.

Der Regierungssprecher und Staatssekretär für Medien, Thomas Kemper (StK) sagt auf Wunsch von Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zu, den Obleuten im Vorfeld der Sitzung zur Beschleunigung der Beratung eine vertrauliche Stellungnahme der Landesregierung zukommen zu lassen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/189
Hauptausschuss		27.04.2006
15. Sitzung (öffentlich)		ni-hoe
		Seite

- 1 Erster Bericht des Medienrates NRW 2004/2005** 2
 Vorlage 14/196
- Bericht der Vorsitzenden des Medienrates, Christiane von Wahlert
 - Diskussion der Abgeordneten mit den Mitgliedern des Medienrates
- 2 Die Chancen der Digitalisierung für NRW nutzen – DVB-T in konzentrierter Aktion stärken** 9
 Antrag
 der Fraktion der SPD
 Drucksache 14/871
- Der Vorsitzende stellt Konsens aller Fraktionen fest, den Punkt am 11. Mai auf die Tagesordnung zu setzen.
- 3 Beratungsstand der EU-Fernsehrichtlinien** 9
 Vorlage 14/433
- Der Vorsitzende stellt Übereinstimmung fest, dass der Ausschuss die Beratung über den Bericht der Landesregierung als abgeschlossen betrachtet.
- 4 Gesundheitsgefährdung für Patientinnen und Patienten nicht länger hinnehmen! – EU-Richtlinie zur Bereitschaftszeit von Ärztinnen und Ärzten zügig umsetzen** 10
 Antrag
 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Drucksache 14/887
 Vorlage 14/437
- Bericht eines Mitarbeiters des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

5 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken 11

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1193

Der Ausschuss verständigt sich darauf, das Votum des Verkehrsausschusses abzuwarten und den Punkt in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Landesregierung wird der Bitte des Abgeordneten Kuschke (SPD) entsprechen, bis zur Beratung zu erläutern, was sie unter Eu-rodistrikt verstehe.

6 Regionale Partnerschaft mit der Türkei begründen 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1106

In Verbindung damit:

Zusammenarbeit mit der Türkei praxisnah und sachorientiert gestalten

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1164

- Kurze Diskussion über das Verfahren
- Stellungnahme des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Michael Breuer

Gegen die Ankündigung des Vorsitzenden, die abschließende Beratung und Abstimmung über die Anträge in die Tagesordnung für den 11. Mai aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

- 7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung des Austritts aus Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (Kirchenaustrittsgesetz – KiAustrG) und des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (Justizverwaltungskostengesetz – JVKostG)** 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1518
Vorlage 14/458

- Kurze Diskussion

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt in die Tagesordnung für die nächste Sitzung aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

- 8 „Weltjugendtagshügel“ erhalten und Erinnerung an Weltjugendtag bewahren** 16

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/212

Der Antrag wird gemäß § 79 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Landtags für erledigt erklärt.

- 9 Strukturförderpolitik für NRW 2007 – 2013 – den Strukturwandel weiter erfolgreich gestalten** 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/467

Ausschussprotokoll 14/121

- Ausführliche Diskussion

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, zu versuchen, die Teilnahme der Wirtschaftsministerin an der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu gewährleisten, erhebt sich kein Widerspruch. Ähnliches gelte, so der Vorsitzende, für den von Sylvia Löhrmann angeforderten schriftlichen Begleittext: Auch dieser sollte den Abgeordne-

ten bis zur nächsten Sitzung am 11. Mai zur Verfügung stehen. Am 11. Mai werde dann auch über den Antrag abgestimmt.

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes 29

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/569

Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 9. März 2006

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema für den 11. Mai vorzusehen, um dann hoffentlich abschließend zu beraten. Der Vorsitzende wird die Landesregierung bitten, rechtzeitig vorher die bekannten verfassungsrechtlichen, in der Anhörung von den Sachverständigen aufgeworfenen Fragen schriftlich zu beantworten.

11 Verschiedenes/Verfahrensabsprachen 31

a) EU-Subventionen dürfen nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Nordrhein-Westfalen führen

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1561

Der Ausschuss verständigt sich darauf, auf ein Votum zu verzichten.

b) Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006 31

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/1548

Der Ausschuss einigt sich darauf, den Antrag in der übernächsten Sitzung zu behandeln.

- c) Gesetzliche Mindestlöhne: Nordrhein-Westfalen unterstützt nationale Regelung** 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1563

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag in der nächsten Sitzung zu behandeln.

- d) Subsidiaritätskonferenz, durchgeführt in der vergangenen Woche vom Ausschuss der Regionen und der österreichischen Ratspräsidentschaft** 32

- e) Reise einer Delegation des Hauptausschusses nach Schottland vor dem Hintergrund „60 Jahre Nordrhein-Westfalen“** 32

Aus dem Ausschuss erheben sich gegen die vom Vorsitzenden in Bezug genommene, von den Obleuten erzielte Vereinbarung über Inhalte und Dauer der Reise keine Widersprüche.

- f) Gesetz zur Änderung der Landesverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 33

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1541

Auf Wunsch von Wolfram Kuschke (SPD) bestätigt der Ausschuss das in der Plenardebatte von allen Fraktionen angeregte Verfahren, sich in einer kleinen Gruppe zusammzusetzen, um die jeweiligen Vorstellungen und Vorschläge abzuklären und dann erst im Ausschuss zu beraten.

Er erinnere noch einmal an die Absicht der SPD-Fraktion, bei dem Verdacht auf Gewährung von Beihilfen in unzulässiger Weise Rechtsmittel zu ergreifen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) erkundigt sich bei Minister Breuer nach der Möglichkeit, dem Wirtschafts- und dem Hauptausschuss die auf der Grundlage der EU-Beschlüsse von der Landesregierung erarbeiteten Konzepte zur zustimmenden Kenntnisnahme vorzulegen, um - auch im Interesse der unterschiedlich regierten Kommunen - zu einem großen Konsens beizutragen. Mit einem solchen Konsens erledigte sich dann auch der SPD-Antrag.

Ilka Keller (CDU) trägt erneut den Wunsch ihrer Fraktion vor, beim nächsten Mal über den in Rede stehenden Antrag abzustimmen. Die erwähnten Ausführungen könne die Ministerin später anlässlich der Beratung des inzwischen von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrages Drucksache 14/1659 - Nordrhein-westfälische Interessen aktiv wahrnehmen: den Lissabon-Prozess der Europäischen Union bürgernah gestalten - geben.

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, zu versuchen, die Teilnahme der Wirtschaftsministerin an der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu gewährleisten, erhebt sich kein Widerspruch. Ähnliches gelte, so der Vorsitzende, für den von Sylvia Löhrmann angeforderten schriftlichen Begleittext: Auch dieser sollte den Abgeordneten bis zur nächsten Sitzung am 11. Mai zur Verfügung stehen. Am 11. Mai werde dann auch über den Antrag abgestimmt.

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569

Aussprache zur öffentlichen Anhörung vom 9. März 2006

(vom Plenum am 9. November 2005 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung, den Ausschuss für Frauenpolitik, den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration sowie den Rechtsausschuss überwiesen)

Vorsitzender Werner Jostmeier weist auf die letzte, die dritte öffentliche Anhörung zu diesem Thema am 9. März 2006 hin. Heute eine Abstimmung über den Gesetzentwurf herbeizuführen wäre nur möglich, bestünde darüber zwischen den Fraktionen Konsens. Sollte es auch bei der Sitzung des Ausschusses am 11. Mai nicht zu einer Abstimmung kommen, weise er schon vorsorglich auf die Notwendigkeit einer weiteren kurzen Sitzung des Hauptausschusses vor der Sommerpause anlässlich eines Staatsvertrages hin.

Bei diesem sehr wichtigen, Verfassungsgrundsätze berührenden Thema benötigt der Ausschuss ausreichend Zeit zur qualifizierten Beratung über das Ergebnis der Anhörung, meint **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)**. Damit scheidet eine Abstimmung heute und angesichts der vollen Tagesordnung wohl auch in der Sitzung am 11. Mai aus.

Wolfram Kuschke (SPD) schließt sich dem Vorgetragenen an und ergänzt es um den Wunsch seiner Fraktion nach einer Stellungnahme der Landesregierung zu den in der Anhörung aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Aspekten, um darüber mit ihr dann zu diskutieren.

Ilka Keller (CDU) stellt den Antrag, für die nächste Sitzung alle Punkte, ob Anträge oder Gesetzentwürfe, die zur Abstimmung anstünden, in die Tagesordnung aufzunehmen, um endlich auch einmal die jeweiligen Beratungsverfahren abzuschließen.

Was die Änderung des Schulgesetzes anbelange, habe die Anhörung die Richtigkeit der CDU-Position unterstrichen. Verfahrensmäßig gelte auch für diesen Gesetzentwurf, endlich darüber abzustimmen - trotz des offensichtlichen Interesses der Oppositionsfraktionen an ständiger weiterer Vertagung.

Vorsitzender Werner Jostmeier macht darauf aufmerksam, dass der von ihm erwähnte zusätzliche Sitzungstermin vermutlich, da offenbar in erster Linie ein Plenartag dafür in Betracht komme, auch nicht genügend Zeit für eine Aussprache in dem von Sylvia Löhrmann beschriebenen Sinne lassen werde. Andererseits verstehe er auch die Haltung von Ilka Keller: Es sollten, wenn die Fronten klar wären, die Abstimmungen nicht von Mal zu Mal verschoben werden.

Er schlägt vor, das Thema für den 11. Mai vorzusehen, um dann hoffentlich abschließend zu beraten. Die Landesregierung werde er bitten, rechtzeitig vorher die bekannten verfassungsrechtlichen Fragen schriftlich zu beantworten. Dies biete - anders als eine Ausschusssitzung vor dem Plenum - die Gewähr für die Möglichkeit einer umfassenden Beratung.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) verwehrt sich gegen den von Ilka Keller ihres Erachtens erhobenen Vorwurf unendlich langer Beratungsgänge. Er treffe insbesondere hier nicht zu, stehe der Gesetzentwurf doch nach der Anhörung zum ersten Mal auf der Tagesordnung.

Mit dem vom Vorsitzenden angeregten Verfahren erkläre sie sich einverstanden.

Für die **SPD-Fraktion** stimmt **Edgar Moron (SPD)** dem Verfahren ebenfalls zu, richtet aber noch einmal den eindringlichen Appell an die Landesregierung, ihren Bericht nicht mündlich vorzutragen, sondern wegen der Komplexität des Themas vorab rechtzeitig schriftlich einzubringen.

Dann sollten die Fraktionen ihre Fragen aber auch vorher schriftlich formulieren, um die Landesregierung nicht blind einen Bericht verfassen zu lassen mit der Folge, dass in der Sitzung wiederum andere und neue Fragen auftauchten, wirft **Ilka Keller (CDU)** ein.

Vorsitzender Werner Jostmeier unterstreicht dieses Anliegen, da es ihm nicht notwendig erscheine, den Fragenkatalog für die Sachverständigenanhörung nochmals aufzurollen. Vielmehr sollte eine Konzentration auf die für die Anhörung nicht aufgelistet gewesenen Fragen erfolgen. Mit einer schriftlichen Formulierung würde ferner vermieden, dass die Fraktionen zahlreiche weitere Fragen während der Sitzung vortrügen.

Bei der Äußerung von Ilka Keller handele es sich um ein grobes Missverständnis, betont **Edgar Moron (SPD)**. Richtig sei vielmehr: Es habe eine Anhörung auf der Basis bestimmter Fragen stattgefunden. Diese Anhörung bedürfe der Auswertung durch die Fraktionen, das Parlament und die Landesregierung, hätten sich doch in den Ausführungen der Sachverständigen wohl auch positive, aber doch etliche sehr kritische Anmerkungen hinsichtlich des Gesetzentwurfs gefunden. Und es zähle zu den Aufgaben der Landesregierung, das Parlament in diesen kritischen Fragen zu beraten. Es gehe also nicht um neue Fragen, sondern um eine Stellungnahme der Landesregierung zu den kritischen Äußerungen der Sachverständigen.

11 Verschiedenes/Verfahrensabsprachen

a) EU-Subventionen dürfen nicht zur Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Nordrhein-Westfalen führen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1561

(vom Plenum am 5. April 2006 zur Federführung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und zur Mitberatung an den Hauptausschuss überwiesen)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, auf ein Votum zu verzichten.

b) Initiative Kinder- und Jugendmedienschutz 2006

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1548

(vom Plenum am 6. April zur Federführung an den Ausschuss für Generationen, Familien und Integration sowie zur Mitberatung an den Hauptausschuss überwiesen)

